

Tansania Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

09/2011

September

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 23.08.2011 (Mittelwert) für 1,-- € 2.298/- TSh (<http://www.oanda.com/lang/de/currency/converter>)

Staatsbesuch des Präsidenten von Somalia, Sheik Shariff Sheik Ahmed	Seite 2
Zu Swahili und Muttersprachen Verbreitung; zu Reichtum und Entstellung; zu Unterrichtssprachen; Swahili-Fakultät gefordert; Swahili-Wörterbücher; Kunst und Kultur; Muttersprachen	Seite 2
Ausländer als Berater, Arbeitnehmer, Kleinhändler Beratertätigkeit, dienende Berufe, Kleinhandel; illegale Einwanderer; Anhebung der Gebühren; zu Aufenthaltserlaubnis, Arbeitsgenehmigung; zu Landbesitz	Seite 3
Zum Bergbau Entschädigung; Entwicklungsarbeit; Gefährdung; Konfrontation; Probleme der Bergleute; Rückbau; Umweltschutz, Unfall	Seite 5
Zu einigen Bodenschätzen Gips; Gold; Mangan; Soda; Tansanit	Seite 6
Uranabbau: zu Projekten, Bedenken, Einwendungen, Verteidigung Bohrung, Prüfung; Diskussion; Abbau in einem Welterbegebiet; Widerstand; Beobachtungen, Bedenken, Befürchtungen; Beschwichtigung; nur friedliche Nutzung	Seite 7
Zur Versorgungslage Vorsorge und Exportverbot; Ablehnung des Exportverbots; Hunger und Unterstützung	Seite 9
Zu den Treibstoffpreisen Treibstoffpreise gesenkt, Reaktionen; Maßnahmen gegen Zuwiderhandelnde: zur <i>BP Oil Company</i> ; Anpassung der Treibstoffpreise; System des Anpassung	Seite 10
Zum Bevölkerungswachstum	Seite 12
Was Dar-es-Salaamer Kinder über ihre Ferien erzählen	Seite 12
Tanzania-Network - Seminar: Gold, Uran, Edelsteine - Wie reich ist Tansania wirklich?	

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika

Redaktion: Eva Caspary

Internet: www.tansania-information.de

Spendenkonto

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302

Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>

eMail: africa@mission-einewelt.de

Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto. 1011 111 BLZ 52060410

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

Staatsbesuch des Präsidenten von Somalia, Sheik Shariff Sheik Ahmed

Sheik Ahmed weilte zwei Tage in Tansania. Bei einem Treffen im *State House* erklärte Präsident Kikwete, Tansania werde Somalia 300 t Mais spenden. "Wir sind tief besorgt wegen der Berichte über die schlimme Dürre am Horn von Afrika, von der Somalia am härtesten getroffen ist. Wir wünschten, wir könnten Ihnen mehr geben, denn wir kennen die Größe der Probleme und Ihrer Nöte. Wir wollen schauen, ob wir in Zukunft mehr Lebensmittel geben können", sagte Kikwete. Seine Regierung werde Somalia bei der Lösung politischer, sozialer, wirtschaftlicher und die Sicherheit betreffender Probleme unterstützen. Er werde mit den Firmen, die Wasser aufbereiten, sprechen, und sehen, wie sie den verhungerten Somali in einer oder anderer Weise helfen, dafür sorgen können, dass sie an ihre Produkte kommen.

Kikwete lud Sheik Ahmed zu einem Iftar mit Botschaftern und zahlreichen Verantwortungsträgern ein.

Bei einer Pressekonferenz dankte Sheik Ahmed Kikwete und dem Volk Tansanias für ihr Mitleid mit der Hungersnot seines Volkes.

Bei den Gesprächen beschrieben die Somali, in welcher Weise Tansania ihnen helfen könne. In erster Linie gehe es um den Kampf gegen die Piraterie im Indischen Ozean und die Ausbildung von Fachleuten unterschiedlicher Sparten.

Das *Programme On Life Emergency* (Pole) sammelte 75 t Lebensmittel, Weizenmehl, Reis, Mais, Zucker, Datteln, u. a. Drei Laster werden die Spenden, von kenianischen Polizisten eskortiert, nach Somalia bringen. Wie die anderer Länder Afrikas, sammeln auch tansanische NGOs bei Institutionen und Einzelpersonen für die Hungernden am Horn von Afrika. (DN 11.8.11; Guardian 11.8.11.; Citizen 11./22.8.11; IRIN 10.8.11)

Zu Swahili und Muttersprachen

Verbreitung: Das Swahili wird von mehr als 100 Mio. Menschen in vielen Teilen der Erde gesprochen. Es gehört laut *Radio France International* (RFI) zu den am raschesten wachsenden Sprachen. Für die Hälfte der 35 Mio. Kenianer ist Swahili ihre zweite Sprache, ebenso für ein Viertel der 25 Mio. Ugander. Ein Teil der Menschen in Burundi, Ruanda und der DR Congo verwendet Swahili, jedoch nicht als erste Sprache. In Tansania ist Swahili zu Hause, es wird hier gepflegt und intensiv entwickelt.

RFI sendet in elf Sprachen. Vor Kurzem wurden in Dar-es-Salaam in Partnerschaft mit Tansania Swahili-Sendungen gestartet. (DN 11.10.10)

Die Botschaft der USA äußerte, Swahili werde auf der ganzen Erde immer anerkannter, immer mehr Menschen lernten diese Sprache. In den USA sei Swahili bei den Studierenden eine beliebte Sprache geworden. Die Universitäten hätten begonnen, es als dritte Sprache zu unterrichten. Ein Verantwortungsträger der Botschaft berichtete, er habe Swahili in neun Monaten gelernt. "Ich will Neues in dieser Sprache lernen, bis ich wie ihr bin", sagte er auf Swahili. (Guardian 23.4.11)

Bei einem Gipfeltreffen der *African Union* (AU) bat Ondimba, Präsident von Gabun, Präsident Kikwete, er möge seinem Land helfen, einen Lehrplan für Swahili-Unterricht in seinen Schulen zu entwerfen und einzuführen. Er bat Kikwete auch um einen Swahili-Lehrer für sich selbst, damit er für die Gabuner beim Erlernen dieser Sprache zu einem Vorbild werden könne. Kikwete wies den ihn begleitenden Minister für Information, Jugend, Kultur und Sprache unverzüglich an, sich sofort darum zu kümmern.

Bei den Konferenzen der AU ist Swahili neben Englisch, Französisch, Arabisch, Portugiesisch und Spanisch eine der wichtigen Sprachen. Als Kikwete 2008 den Vorsitz der AU annahm, tat er das in Swahili. (Guardian 4.7.11)

*

Zu Reichtum und Entstellung: In Tansania wird seit langem diskutiert, ob Swahili überall als Unterrichtssprache verwendet werden darf. Die Gegner begründen ihre Ablehnung vor allem mit dem Mangel an technischen Ausdrücken und den Übersetzungskosten.

Die Befürworter sagen, so etwas wie Mangel an technischen Ausdrücken gebe es nicht, es fehle lediglich am Interesse, betonte ein Vertreter des *National Kiswahili Council* (BAKITA). Sein Gremium kooperiere mit anderen Experten, z. B. dem *Institute of Swahili Research* der UDSM. "Wir erwarteten, die Medien würden uns helfen. Aber im Gegenteil - sie entstellen das Swahili mehr als andere." Früher musste jemand, der eine Anstellung als Journalist oder Journalistin anstrebte, sehr gut Swahili können. "Wenn man jetzt Radio hört, staunt man, wie Swahili mit Slang und anderen Sprachen vermischt wird. Das ist ganz abscheulich", sagte der BAKITA-Mitarbeiter. BAKITAs Aufgabe sei es, die Medien zu beraten. Er berichtete: "Jeden Tag erhalten

wir die Zeitung *Habari Leo*. Wir lesen sie, machen Verbesserungen und schicken sie an die Herausgeber zurück. Aber sehr selten sehen wir, dass die Korrekturen verwendet werden", sagte er bedauernd. (DN 7.7.10)

*

Zu Unterrichtssprachen: Ein ehemaliger Abgeordneter sagte, um das Bildungsniveau zu heben, müsse die Regierung in den Sekundarschulen Swahili als Unterrichtssprache einführen. Die Verwendung des Englischen habe sich als Fehlgriff erwiesen, denn viele Sekundarschüler beherrschten diese Sprache nicht. "Wenn ein Schüler aus einer swahilischsprachigen Primarschule die Sekundarschule beginnt und Biologie, Physik und Chemie in Englisch unterrichtet wird, meinst du, dass er irgend etwas kapiert?" fragte er. Er wird das Interesse am Unterricht verlieren. Außerdem lernten die meisten Lehrkräfte nicht gut, wie sie Englisch unterrichten sollen. Deshalb ist es extrem schwierig für sie, den Schülern zu helfen, dass sie die Fremdsprache lernen. Ist die Regierung nicht willens, Englisch zu verlassen, sollte sie die Einführung des Englischen als Unterrichtssprache in der Primarschule erwägen, damit sich die Schüler von Anfang an an diese Sprache gewöhnen. (Guardian 21.2.11)

*

Swahili-Fakultät gefordert: Der Minister für Information, Jugend, Kultur und Sprache forderte die Swahili-Fakultät der *University of Dar-es-Salaam* (UDSM) auf, die Einführung von Kursen, die zu einem akademischen Grad der Swahili-Sprache führen, zu beschließen. Man benötige mehr Experten für die Entwicklung des Swahili. (Guardian 6.4.11)

*

Swahili-Wörterbücher: In Sansibar wurde das *Kamusi ya Kiswahili Fasaha* vorgestellt. Es enthält 1.000 in Sansibar neue Wörter, die nie vorher in einem Wörterbuch erschienen waren. Der *Zanzibar Kiswahili Council* (BAKIZA) hat es verfasst, die *Oxford University Press* herausgegeben. Die Sansibarer wurden aufgefordert, das Swahili zu fördern, denn es sei in der Region und rund um die Erde eine rasch wachsende Sprache. Deshalb sei es höchste Zeit, dass Forscher und Schriftsteller mehr Bücher über Swahili produzierten, und die Eltern ihre Kinder ermunterten, das universell gültige Swahili zu lernen und zu sprechen. (DN 9.10.10)

Die UDSM führte ein EDV-Wörterbuch für fortgeschrittenes Swahili ein. Forschungsarbeit und Schreiben oblagen vor allem einem emeritierten Professor. (Guardian 6.4.11)

Zu Kunst und Kultur: An der dritten *Swahili Fashion Week*, die auf dem *Karimjee Ground* in Dar-es-Salaam stattfand, nahmen 24 talentierte Designer aus Swahili sprechenden Ländern teil. Die Besten wurden prämiert. Unterschiedliche Musikgruppen traten auf. Der Organisator sagte, die Veranstaltung zeige den Geist, den Stil und die Essenz der Swahili-Küste. Es gehe nicht nur darum, traditionelle Kunst und Kultur darzustellen, sondern um Innovation und um dynamische Kreativität der modernen Swahili sprechenden Welt. Alle Teilnehmenden konnten ihre Mode zeigen und verkaufen. Besondere Beachtung schenkte man Menschen mit einer Behinderung und Unterprivilegierten. Sie konnten ihre handgearbeitete Kleidung u. a. zeigen. (DN 21.10.10)

*

Zu Muttersprachen: Im Rahmen eines Programms des *Traditional Development Centre* (Kimau) können die Einwohner Morogoros die Sprache einiger Volksgruppen lernen. Es ist offensichtlich, dass die meisten in der Stadt geborenen Menschen nicht mit ihrer Muttersprache vertraut sind. Einige Lehrkräfte arbeiteten Module für den Unterricht aus. Wer ihn abschließt, erhält ein von der Regierung anerkanntes Zeugnis, das zum Unterrichten der bestimmten Sprache berechtigt. Auch über Tradition, Kultur, Tabus und Normen der Volksgruppen wird informiert. Das Programm helfe den Tansaniern, ihre Geschichte zu bewahren, sagte der Kimau-Leiter. (Citizen 8.3.11)

Ausländer als Berater, Arbeitnehmer, Kleinhändler u. a.

Ausländer in Beratertätigkeit: Der Vorsitzende der *Tanzania Association of Consultants* (TACO) berichtete, die heimischen Berater würden marginalisiert, mindestens 90 % der für Beratungstätigkeit bezahlten Geldsumme gehe an Ausländer. Das bedeute, dass die Firmen der Regierung einen beträchtlichen Teil der ihr zustehenden Einnahmen vorenthalten. (Guardian 6.5.11)

*

Zu dienenden Berufen: Ein Abgeordneter fragte im Parlament, warum es Ausländern erlaubt werde, Jobs zu bekommen, die Tansanier übernehmen könnten. Zahlreiche Absolventen verließen die Universitäten und Hochschulen, aber viele von ihnen blieben arbeitslos, zum Teil weil Ausländer die Posten besetzten oder gar dienende Aufgaben übernahmen, mit denen Tansaniern betraut werden sollten.

Premierminister Pinda antwortete, die negative Einstellung der Tansanier zur Arbeit sei schuld daran, dass Ausländer in dienenden Berufen wie Bürodienler, Reinigungskraft oder Koch tätig seien. Die geltende Regel sei, dass ein Unternehmen, z. B. ein Touristenhotel, nur fünf Ausländer einstellen darf. Aber manche Arbeitgeber stellen fest, dass man mit Einheimischen schlecht zurechtkommt, weil sie eine negative Einstellung zur Arbeit haben, sagte Pinda. (DN 15.7.11)

*

Zum Kleinhandel: Immer mehr Ausländer, vor allem solche aus Indien und China, betätigen sich in Dar-es-Salaam, Nairobi und den anderen Hauptstädten der EAC als Kleinhändler; sie bieten Erdnüsse, Blumen u. ä. feil. Das vergrößert die Arbeitslosigkeit und führt zu Spannungen zwischen Einheimischen und Ausländern, zu Fremdenfeindlichkeit. Manche Ausländer kommen als 'Investoren' verkleidet, nur um dann als 'machungas' auf den Straßen Kleinhandel zu treiben. Anfang 2011 hatte sich die Regierung besorgt geäußert zu Berichten über Tausende ausländische Kleinhändler und versprochen, sie würden hinausgeworfen. Aber seither geschah nichts. (Guardian 19.8.11)

*

Zu illegalen Einwanderern: Ein Oppositionsabgeordneter berichtete im Parlament, illegale Immigranten bewegten sich ungehindert in den Straßen der Städte, betrieben ihre Geschäfte, als ob sie Staatsbürger wären. Der Großteil dieser Leute lebe in Tansania ohne legale Genehmigung für ihre Geschäfte. Eine Abgeordnete sagte, es falle auf, dass Kleinhändler (machungas) aus dem Ausland, auch einige aus China, in Tansania leben. (DN 15.7.11; Guardian 29.7.11)

*

Anhebung der Gebühren: Die Regierung hob für Arbeitnehmer aus dem Ausland die Gebühren für Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen um 25-300 % an. Auch Visen für Studierende, Sondergenehmigungen und Verleihung der Staatsangehörigkeit wurden teurer. Für den Tourismus ist das schmerzlich.

Die Aufenthaltsgenehmigungen Klasse 'B' für Arbeitgeber aus dem Ausland in Industriebetrieben, Bergbaufirmen, privaten und öffentlichen Gesellschaften wurden mehr als verdoppelt.

Vertreter der Geschäftswelt nannten diesen Beschluss "unglücklich und unberechtigt". Der Vorsitzende der *Association of Tanzania Employers* sagte, diese Anhebung stehe im Widerspruch zu dem, was die Regierung zu ihrer Aufgabe erklärte, nämlich mehr Investoren ins Land zu locken. Warum sollten Investoren aus dem Ausland nach Tansania kommen, statt nach Ruanda, wo sie nichts bezahlen, fragte er.

Ein Verantwortungsträger der Einwanderungsabteilung erklärte, das Ziel der Anhebung sei, die Staatseinnahmen anzuheben und davon abzuhalten, Ausländer für Jobs einzustellen, die leicht von Tansaniern übernommen werden können.

Zu den Gebühren:

Genehmigungen Klasse 'A' für große Gesellschaften, Industrie-, Fischerei-, Bergbau- und Transportbetriebe: 2.000 US\$ (bish. 1.600 US\$)

Genehmigungen Klasse 'B' für Fachleute aus dem Ausland: 1.500 US\$ (bish. 600 US\$)

Genehmigungen Klasse 'C' für Missionare, Forscher, Studierende: 500 US\$ (bish. 120 US\$)

Ausweis für Abhängige: 500 US\$; für Besucher: 200 US\$; für Wiedereinreise: 50 US\$

Visum für mehrfache Einreise: 100 US\$; für einmalige Einreise: 50 US\$. (Citizen 9.7.11)

*

Zur Aufenthaltserlaubnis: Weil sehr viele Ausländer nach Tansania kommen und die Staatsangehörigkeit anstreben, erarbeitet die Regierung Leitlinien. Sie wird die Zahl der Ausländer, die pro Jahr eingebürgert werden, festlegen. 2010 waren es 90 Personen.

Im Finanzjahr 2010/11 erhielten 12.536 Ausländer eine Aufenthaltsgenehmigung, 15,4 % mehr als im Vorjahr. (Guardian 29.7.11)

*

Zur Arbeitsgenehmigung: Das Ministerin für Arbeit und Anstellung beschäftigt sich mit dem Problem der Vergabe einer Arbeitsgenehmigung an Arbeitnehmer aus dem Ausland. Die Ministerin berichtete, 2010 wurden 2.776 neue Anträge gestellt. "Aber wir nahmen nur 1.880 Anträge an, 629 wurden abgelehnt, 219 aufgeschoben, 48 an das *Tanzania Investment Centre* (TIC) weitergeleitet."

Damit reagierte sie auf die Kritik von Abgeordneten an wahlloser Einstellung von Ausländern; sie dominierten die Arbeitsstellen in unterschiedlichen privaten Bergwerken, Bau- und Fertigungsfirmen, was gegen die Gesetze Tansanias verstoße. Einige Abgeordnete kritisierten, sehr nachlässig behandle das Ministerium das Problem der Zuwanderung schlecht qualifizierter Arbeitnehmer aus dem Ausland. (DN 6.8.11)

*

Zu Landbesitz: Mehrere Abgeordnete hinterfragten den Beschluss der Regierung, Ausländern den Besitz großer Ländereien zu erlauben, während Einheimische ohne Land blieben. Das Landgesetz und die politischen Leitlinien seien inkonsequent. Ein UDP-Abgeordneter drängte die

Regierung, dafür zu sorgen, dass Tansanier und nicht Ausländer den Großteil des Landes besäßen. Die Einheimischen würden marginalisiert. Eine CCM-Abgeordnete sagte, es sei höchste Zeit, dass die Regierung klar sagt, wie groß Investoren zugeteiltes Land maximal sein dürfe. (DN 16.8.11)

Zum Bergbau

Entschädigung: Die Regierung sorgte dafür, dass die Differenzen zwischen der *Barrick Gold Mine Company* (Mara-Region) und sieben benachbarten Dörfern ausgeräumt werden. Die Firma zahlt den Dorfbewohnern, die in der Vergangenheit direkt unter ihren Aktivitäten gelitten hatten, 700.000 US\$ als Entschädigung. "Ich sagte ihnen, dauerhafter Friede kann nur durch Kooperation von Dorfbewohnern mit der *Barrick*-Verwaltung erreicht werden", berichtete der Innenminister. Die Firma erklärte, sie sei bereit, soziale Verantwortung zu übernehmen. (DN 13.8.11)

*

Entwicklungsarbeit: Der Betreiber der *Bulyanhulu Gold Mine* (Kahama-Distrikt, Shinyanga-Region) wird eine 60-km-Wasserleitung legen, über die die benachbarten Dörfer und drei in der Nähe liegende Distrikte mit Trinkwasser versorgt werden. (DN 41.7.11)

*

Gefährdung: Die Einwohner eines Dorfes, das nahe bei einer Gold-Mine liegt, baten die Regierung, ihnen die Bedrohung ihrer Gesundheit und Sicherheit durch die von der Mine verursachten ökologischen Probleme zu ersparen und sie in eine andere Gegend umzusiedeln. Kürzlich hätten 43 Häuser durch eine starke Explosion Sprünge bekommen, doch bei keinem sei die Beschädigung erfasst worden. Verantwortliche der Mine hätten sie angewiesen, sich zu bestimmten Zeiten außerhalb ihrer Häuser aufzuhalten. Sie sollten die Umsiedlung beantragen, habe man ihnen geraten.

Besonders für Menschen mit hohem Blutdruck seien die Explosionen ein Problem; man spüre sie noch in 20 km Entfernung; die Kinder litten wegen des Staubs unter Husten, klagten die Dorfbewohner. (Guardian 19.4.11)

Das *Tanzania Interfaith Standing Committee on Economic Justice and Integrity of Creation* äußerte sich bestürzt in Bezug auf die Not der rund um Bergbaugebiete in Nyamongo und Geita lebenden Bevölkerung. Mitglieder des Komitees sind der *Christian Council of Tanzania* (CCT), der *Muslim Council of Tanzania* (Bakwata) und die *Tanzania Episcopal Conference* (TEC). Sein Vorsitzender, Erzbischof Ruzoka, sagte, was sie dort erlebt hätten, sei absolut ungerecht. Umweltzerstörung, Vergehen gegen die Menschenrechte, Enteignung von Land und unangemessene oder vollständig ausbleibende Entschädigung hätten sie dort beobachtet. Das Komitee drängt die Regierung, sich um die Wasserverschmutzung in der Mara-Region zu kümmern. Im Tigithe River sei die Belastung mit Schwermetallen weit höher als von der WHO akzeptiert. <Vergl. Tans.-Inf. 8/09 S. 8>

Weil die Bergbau-Gesellschaften in ausländischer Hand seien, müsste sich die internationale Gemeinschaft um die Vergehen gegen die Menschenrechte kümmern und die Aktivitäten ihrer Gesellschaften in Übersee beaufsichtigen, damit sie fair und gerecht handelten.

An diesem offiziellen Besuch beteiligten sich auch Geistliche aus Südafrika, Botswana, Sambia, Kanada und Norwegen. (DN 23.7.11)

*

Konfrontation: Berichten zufolge drangen in die *North Mara Gold Mine* (Tarime-Distrikt, Mara-Region) 2010 als mehr 150.000 Einwohner der ringsum liegenden Dörfer ein, um Goldsand zu holen. "Im Dezember '10 waren es in einer Nacht mehr als 1.000", berichtete ein Mitarbeiter der Mine. Als die Polizei eingriff, wurden mindestens drei Zivilisten erschossen, 91 Angestellte schwer verletzt, mehr als 800 eingedrungene Personen verhaftet, 87 von ihnen verurteilt. Sie hatten im Abbaugelände ihren eigenen Sprengstoff eingesetzt. Es gab 367 Explosionen.

Um die Mine soll ein Zaun errichtet werden. "Auch wenn sie eine Mauer bauen, verschwenden sie ihre Zeit, bis sie kapieren, dass wir die Eigentümer dieses Gebietes sind", sagte einer der Dorfbewohner. Die Jugendlichen werfen der Mine vor, sie verwende Unsummen für die Sicherheit, statt für Entwicklung wie Bildung, Gesundheit, Straßen und Wasserversorgung.

Die Regierung plant, alle an der Mine stationierten Polizisten abzuziehen. Sie sei die Klagen über deren Verhalten leid, sagte Innenminister Nahodha. Im Mai '11 waren fünf Personen während Zusammenstößen zwischen Dorfbewohnern, die Goldsand stehlen wollten, und der Polizei erschossen worden. Die Leitung der Mine bat um eine Verlängerung der Polizeipräsenz, bis der von ihr geplante Zaun rings um das Gebiet fertig sei.

Nahodha fordert, die neben der Mine lebende Bevölkerung müsse entschädigt und umgesiedelt werden. Eine der Hauptursachen für das Eindringen der Dorfbewohner sei, dass kein Abstand sei zwischen sehr vielen Häusern und der Mine. (DN 1.2./12.7.11)

*

Probleme der Bergleute: Die Vorsitzende der *Tanzania Women Miners Association* (Tawoma) beklagte, wegen sehr strenger Bedingungen könnten die Begleiter nicht an die Darlehen kommen, die seit 2010 zur Verfügung stehen sollten. Nur zwei Mitglieder hätten bisher von dem Fonds profitiert. Eine Bedingung sei ein Geschäftsplan; vielen sei es unmöglich, einen solchen vorzulegen. Es sei höchste Zeit, dass die Regierung prüft, wie sie die kleinen Bergleute unterstützen könne, damit ihr Beitrag zur Wirtschaft spürbar werde. (Guardian 23.7.11)

*

Rückbau: Die Regierung plant, ein neues Bürgerschaftssystem, um sicherzustellen, dass Bergwerksgelände nach der Schließung saniert werden. In Kooperation mit der *Tanzania Mineral Audit Agency* (TMAA) müssen die Firmen Bargeld (entsprechend der Größe des Projektes) hinterlegen als Kautions für Sanierung, falls der Unternehmer verschwindet, ohne das Nötige zu erledigen. Die TMAA untersuchte in mehreren Ländern, welcher Art und Höhe die Kautions sein müsste. (Citizen 1.6.11)

*

Umweltschutz: Der Vorsitzende der *Agenda Tanzania*, einer Nichtregierungs-Umweltschutzorganisation, sagte, die Leitlinien und Gesetze Tansanias müssten geändert werden, damit die Verwendung von Quecksilber im Bergbau geregelt werden könne. "Nachdem die Regierung das Abkommen *Strategic Approach to International Chemical Management* unterzeichnete, sollte sie dafür sorgen, dass die Leitlinien des Landes allen SAIC-Grundsätzen entsprechen", betonte er. (Citizen 22.12.10)

*

Unfall: In der Mara-Region wurden in einer Gold Mine zwei Bergleute verschüttet. Sie wurden gerettet und ins Krankenhaus in Musoma gebracht. (DN 9.6.11)

In einer Goldmine der Geita-Region fanden vermutlich 20 bis 30 Bergleute den Tod; ca. 100 entkamen knapp. (Guardian 24.1.11)

Zu einigen Bodenschätzen

Gips: Tansanias Gipsvorkommen in den Regionen Kilwa und Lindi sind in Bezug auf Reinheit die besten weltweit. Die Vorräte reichen für einige Dekaden. Obwohl sie unweit des Hafens von Mtwara und der Durchgangsstraße nach Dar-es-Salaam liegen, ist der Transport für den Gips dieser Vorkommen ein großes Problem. Straßen und Eisenbahnen werden benötigt.

Als erste wird die *Tanzania Portland Cement Company* (Twiga) Gips per Lastwagen zu ihrem Werk in Dar-es-Salaam transportieren.

Gips wird auch für Bodenverbesserung verwendet.

Der von Bergleuten im Makanya-Distrikt (Kilimanjaro-Region) abgebaute Gips enthält viel Sand. Bei den Vorkommen in Itigi (Singida-Region) gibt es keine Transportprobleme, weil sie nahe bei der *Zentralbahn* liegen. (DN 25.7.11)

*

Gold: Eine kanadische Gesellschaft entdeckte in Lupa (Rukwa-Region) Gold, genug, um den Abbau zu beginnen.

Die Aussichten, dort noch mehr Lager zu finden, seien groß, sagte ein Fachmann. (DN 8.12.10)

Kohle: Die indische Regierung plant, Kohle aus Tansania zu importieren. Indien habe Kohle, sagte ein indischer Minister, aber angesichts raschen Wachstums der Industrie sei sie nicht ausreichend. Die Regierung nimmt die Förderung in der *Kiwira Kohlenmine* (Mbeya-Region), die nun vollständig in ihrem Besitz ist, wieder auf. (Guardian 9.12.10)

*

Mangan: Die *State Mining Corporation* (STAMICO) und die *Korea Resources Corporation* (KORES) unterzeichneten ein Abkommen zur Erforschung und Entwicklung des Abbaus von Mangan in den Distrikten Mpwapwa (Rukwa-Region), Njombe und Makete (Iringa-Region). (DN 30.11.10)

*

Soda: <Siehe Tans.-Inf. 10/07 S. 6; 11/08 S. 11; 11/10 S. 8> Kikwete forderte das Ministerium für Industrie und Handel auf, den Bau einer Sodafabrik am *Natronsee* zu beschleunigen. "Die Erfahrung zeige, dass der Abbau möglich ist, ohne dass das Ökosystem dort gestört wird. Umweltaktivisten wollen,

dass die Menschen glauben, diese Entwicklung lösche die Zwergflamingo aus. Das ist nicht wahr", betonte er. Die Soda-Lager enthielten 300 Mio t; sie gehörten zu den größten der Welt, heißt es. "Wir können nicht immer beklagen, dass unser Land arm ist, während unsere Bodenschätze ungenutzt herumliegen. Mit dem Abbau am Natronsee sind wir nicht die ersten, denn die Kenianer tun das gleiche", erklärte Kikwete. Allerdings solle die Fabrik nicht am Seeufer errichtet werden, denn Lärm und Luftverschmutzung könnten im Brutgebiet der Zwergflamingo stören. Das Werk solle in einer Entfernung von einigen km gebaut, das Soda in Rohren zur Fabrik transportiert werden.

Seit 2007 führen Umweltaktivisten rund um die Erde eine Kampagne gegen den Bau dieser Sodafabrik durch. Der Plan tauchte damals auf, wurde aber wegen des Aufschreis von Umweltschützern im In- und Ausland aufgeschoben.

Der Koordinator der *Natron Consultative Group* sagte, das Projekt störe die empfindliche Balance dieses Gebietes und vernichte die Spirulina, die blaugrünen Algen, von denen die Zwergflamingo lebten. Seit mehr als 100 Jahren habe man am Magadisee (Kenia) Soda abgebaut - mit negativer Wirkung. Seit 50 Jahren brüten die Flamingo dort nicht mehr. (DN 2.4.11; Guardian 29.4.11; EastAfrican 25.4.11)

Kommentar: Kikwetes Anweisung könnte wenig bewirken, denn erst müssten die Investoren, die indische Firma *Tata* und die *National Development Corporation* (NDC), eine Reihe von Bedingungen erfüllen. *Tata* gab das Projekt wegen der Kritik der Umweltschützer auf. 2009 wurde es auf Eis gelegt.

Der *National Environment Management Council* (NEMC) erklärte, er habe noch keinen Bericht erhalten über die in Auftrag gegebene zweite Untersuchung der ökologischen Auswirkungen. In der ersten Prüfung der *Environmental Investigation Agency* habe man sie nicht berücksichtigt. Am *Natronsee* leben 70 % aller *Lesser Flamingo*; man schätzt ihre Zahl auf 2,5 Mio. Die Sodafabrik wird sehr viel Wasser aus dem See pumpen und es durch Süßwasser ersetzen. Das verändert den Salzgehalt des Sees beträchtlich. Der Stellvertretende Minister für Industrie und Handel betonte, das Projekt könne nicht starten, ehe alle von den Naturschützern vorgelegten Themen geklärt seien. "Ich bin mir der Herausforderungen dieses Projektes bewusst. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen und den ökologischen Anforderungen", sagte er. (Guardian 25.7.11)

*

Tansanit: Seit 31.12.10 ist der Export unbearbeiteten Tansanits verboten, Steine, die weniger als 1 g wiegen ausgenommen. Die Händler hatten erklärt, man sei in der Lage den Edelstein im Land zu schleifen und zu polieren.

Das *Arusha Technical College* bietet nun eine Ausbildung in Schmuck- und Edelsteintechnik an, die zum Diplom führt. (DN 7.1.11)

Der Sprecher des Ministeriums für Energie und Bodenschätze sagte, mit Hilfe von Fachleuten sollten die Bergleute ihre Schürftechnik verbessern und sich in Bezug auf die Wertsteigerung der Steine Rat holen. Weil die Qualität ihres Tansanits gering ist, sei der Gewinn vieler Schürfer armselig. Es fehlt ihnen an modernem Gerät. (Arusha Times 25.3.11)

Geschieht der Abbau verantwortungsbewusst, das Graben vorsichtig, könnten die Tansanitvorräte noch 100 Jahre reichen, sagte ein Fachmann. Es sei falsch, zu glauben, der Tansanit sei innerhalb von zehn Jahren erschöpft. Manche Bergleute könnten ihn vielleicht nicht mehr erreichen. Verantwortungsbewusster Abbau sei nur möglich, wenn Bergleute und in großem Stil schürfende Unternehmen zusammenarbeiten, sagte er. Seit Jahren gibt es Feindschaft zwischen beiden.

Tansanit soll zehnmal rarer sein als Diamanten. (DN 27.4.11; Guardian 13.5.11)

Früher mussten viele Kinder in den Tansanitminen arbeiten. Nun sieht man dort kaum mehr Kinder, die sich herumtreiben oder es wagen, unter der Erde zu arbeiten. Nur noch ganz wenige Waisen, "Schlangen" genannt, sind dort tätig.

Im Zentrum der *Good Hope Foundation* mitten im Ort Mererani leben nun, neben größeren Kindern, auch 30, die noch nicht im Schulalter sind und besondere Fürsorge brauchen. Viele Schulkinder erhielten Dank Spenden mehrerer Firmen und Organisationen Schuluniformen, Schulgeld u. a.

Für 36 heimatlose Kinder des Waisenhauses *Rafiki Child Care* in Mererani will eine Politikerin aus den USA die Ausbildung finanzieren. Sie wird eine Mauer rings um das Zentrum bauen lassen, weil man dort Hühner für den Verkauf in Arusha zieht, diese oft gestohlen werden oder entkommen; außerdem will sie für die Aufbewahrung geschlachteter Hühner einen großen Kühlschrank kaufen. (DN 18.7.11; Arusha Times 7.5.11)

Uranabbau: zu Projekten, Bedenken und Einwendungen

Bohrung, Prüfung: *Uranium Resources* begann am *Mton-ya-Project* mit Bohrungen. Die *Mantra Resources Company* stellte fest, dass das *Mkuju Uran Project* (Namtumbo-Distrikt, Ruvuma-Region) in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht lebensfähig ist. Dort sei umfangreicher, kostengünstiger, langlebiger Uranabbau möglich. (Guardian 16.5.11; Citizen 7.6.11)

*

Diskussion: Am 25.5.11 fand in Dar-es-Salaam ein öffentliches Forum zum Thema Uranabbau in Tansania statt. In einem Vortrag wurden die sozialökonomischen Auswirkungen dargelegt und diskutiert.

Einige Punkte (sehr gekürzt): Man rechnet mit 1.500 Arbeitsplätzen und einer Investitionssumme von 400 Mio. US\$. Wirtschaftlichen Nutzen erwartet man in Form von Steuern, Tantiemen, verschiedenen Gebühren, ferner mit Beiträgen für soziale Einrichtungen für Bildung, Wasser- und Gesundheitsversorgung.

Mit Uranabbau verbunden sind aber auch negative Auswirkungen, ökologische, gesundheitliche und soziale:

Zerstörung von Flora und Fauna, Verschmutzung der Luft, des Grund- und des Oberflächenwassers...

Ist der Uranabbau einst beendet, bleiben riesige Krater übrig. Die Erde ist wahrscheinlich radioaktiv belastet und deshalb für viele Jahre unbrauchbar...

Außerdem wird beim Uranabbau viel Wasser benötigt. Weil es schon jetzt knapp ist, könnten in der Bevölkerung Spannungen entstehen...

Eine der Gefahren für die Gesundheit ist, dass der radioaktive Staub vom Wind weit verbreitet werden kann...

Abbau in einem Wildschutzgebiet...

Uran kann für Waffen verwendet werden...

Wohin sollen wir gehen? Wegen der ernstzunehmenden Auswirkungen des Uranabbaus muss man bei der Entscheidung, ob man ihn erlauben soll, besonders vorsichtig sein. Kurzfristige finanzielle Gewinne sollten nicht wichtiger genommen werden als Ökologie, Gesundheit und soziale Kosten, die man nicht mit Geld begleichen kann... (Citizen 28.5.11)

*

Zum Abbau in einem Welterbegebiet: Das *World Heritage Committee* der UNESCO warnte davor, im *Selous Wildschutzgebiet* Uran abzubauen. Gegebenenfalls werde es auf die Liste der *Welterbe in Gefahr* gesetzt.

Trotz weltweiter Verurteilung durch Naturschützer, erlaubt es nun, im *Selous Wildschutzgebiet*, die Suche nach Uran zu beginnen, weil einige Bedingungen erfüllt werden, z. B. die Untersuchung der ökologischen und sozialen Auswirkungen. Ein Expertenteam der UNESCO wird das Gebiet der Uranvorkommen besuchen, um einen Plan für den Abbau und Strategien für den Schutz des Ökosystems auszuarbeiten.

Grundsätzlich ist die Suche im *Wildschutzgebiet* nicht erlaubt. Doch eingedenk der Bedeutung des Uranabbaus für Tansania, erbat die Regierung eine Änderung der Grenzen des *Selous Wildschutzgebietes*, damit das Projekt verwirklicht werden könne. Von den 5,12 Mio. ha des *Selous Wildschutzgebietes* sollen 34.532 ha, 0,69 % für Uranabbau abgetreten werden.

Premierminister Pinda verteidigte den Regierungsbeschluss, den Abbau im *Selous Wildschutzgebiet* zu gestatten.

Auch das Parlament diskutierte hitzig über den Abbau von Uran im *Selous Wildschutzgebiet*. Es forderte das Ministerium auf, sich an den Rat der Experten zu halten. Sonst werde der Menschheit Schaden zugefügt. Von Anfang an müssten die Parlamentsausschüsse für Energie/Bodenschätze und für Naturschätze/Umwelt zugezogen werden. Tourismus und Jagd brächten viel mehr ein als Uranabbau.

Die Firmen, die die Genehmigung haben, dort Uran abzubauen, werden voraussichtlich pro Jahr 200 Mio. US\$ verdienen, ans Finanzamt jedoch nur 5 Mio. US\$ abführen. (DN 1./29.7.11; Guardian 1.7./18.8.11, Citizen 18./29.7./22.8.11; East African 17.7.11)

*

Widerstand: 3.000 Einwohner des Bahi- und des Manyoni-Distrikts (Dodoma- und Singida-Region) unterschrieben eine Petition gegen den Uranabbau. Die Regierung hatte den *Mantra Resources Ltd.* eine Lizenz für den Uranabbau in diesem Gebiet gewährt. Seit fünf Jahren wehrt sich die Bevölkerung erfolglos dagegen.

Gestützt auf diese Petition wird ein Abgeordneter der Chadema bei der Sitzung des Parlaments im Oktober Einspruch gegen den Uranabbau einlegen. Er will fragen, wie die Regierung den Uranabbau genehmigen kann, obwohl sie um die Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt weiß.

"Deutschland, eine Supermacht, scheut sich vor der Nutzung des Urans. Wer sind wir, dass wir es versuchen wollen? Schaut, was in Japan geschah", rief er aus. (Citizen 21.7.11)

*

Beobachtungen, Bedenken, Befürchtungen: Ein Team des *Legal and Human Rights Centre* (LHRC) berichtete einem Mitarbeiter von *Urenex*, einer Firma, die nach Uran sucht, einige Personen seien kontaminiert worden, während sie im Manyoni-Distrikt Bohrungen durchführten, um Uran-Proben zu sammeln.

Mehrere Jugendliche, die am Bohren beteiligt waren, seien erstickt.

Ein Einwohner des Distrikts sagte, seine Ehefrau und Nachbarn, auf deren Feldern nach Uran gesucht wurde, litten unter Hautproblemen. Er habe beim Bohren so etwas wie Brandblasen bekommen.

Ein anderer berichtete von einem Kollegen, der, als er herauskam, aus Nase und Ohren blutete, Blut spuckte, wenige Monate danach gestorben sei.

Der *Urenex*-Mitarbeiter meint, die Behauptungen seien nur politisch motiviert, die Probleme dieser Leute könnten eine andere Ursache haben. Beim Uran gehe es vielfach um Politik. Er gab jedoch zu, der Uranstaub sei sehr gefährlich. Deshalb fürchtet man, die Behauptungen entsprechen der Wahrheit. (Guardian 23.7.11)

Bei einem Gespräch mit dem LHRC-Team sagte der Abgeordnete von Bahi, die Regierung solle die Erfahrungen anderer Länder hinsichtlich gesundheitlicher, sozialer und ökologischer Probleme prüfen und Erfahrungen sammeln, ehe sie in Bahi mit dem Uranabbau beginne. Ein von der Regierung beauftragtes Team solle Länder wie Namibia besuchen, um mehr zu erfahren. Voraussichtlich müssten Menschen umgesiedelt werden. Das sei schwierig, weil viele von ihnen Tierhalter und Landwirte seien. Es könne zu Landkonflikten kommen.

Einwohner von Bahi und Manyoni haben Angst, sie würden gewaltsam und ohne Entschädigung vertrieben. Ein Landwirt berichtete, der DC habe ihn schriftlich angewiesen, sein Land zu verlassen; Entschädigung erhalte er nicht; Einspruch bei Gericht nütze ihm nichts. "Ich weiß nicht, was ich tun soll." Andere äußerten sich ähnlich.

Die Regierung gab zu, die Entschädigung bei der Umsiedlung sei eine Herausforderung. (Guardian 23./25.7.11)

Der Generaldirektor der *Tanzania Atomic Energy Commission* (Taec) erklärte, wird jemand dem beim Abbau des Urans oder dessen Transport entstehenden Staub ausgesetzt, bestehe ein Gesundheitsrisiko. "Hat man es nicht unter Kontrolle, könnte radioaktives Material katastrophal sein", sagte er. (Citizen 26.7.11)

Eine Abgeordnete der CUF wollte wissen, was die Regierung tue, um wesentlich von dem Projekt zu profitieren. Sie habe bisher schlechte Erfahrungen gemacht mit ausländischen Firmen, die gewaltig an den Bodenschätzen Tansanias verdienten. Wie stellt sie sicher, dass der Abbau den Menschen nützt, vor allem Arbeitsplätze für die Jugend schafft, fragte sie.

Premierminister Pinda antwortete, das Ministerium für Energie und Bodenschätze sei angewiesen worden, Leute zur Ausbildung für Methoden des Uranabbaus nach Übersee zu schicken. (DN 29.7.11; Citizen 29.7.11)

Das LHRC forderte, Uranabbau müsse unterbleiben, solange nicht gründlich untersucht wurde, wie er sich auf die Gesundheit der Menschen und auf die Umwelt auswirkt. Geschieht das nicht, werde man sich an den *High Court* wenden. "Die Untersuchung unseres Zentrums zeigte, dass der Abbau für die Mehrheit der Bevölkerung mehr Nachteile als Profit bringt", sagte ein LHRC-Verantwortungsträger. Die Regierung habe keine Pläne für sichere Wohngebiete oder Entschädigung für Menschen, die umgesiedelt werden; sie habe keinerlei Pufferzone zwischen den Wohngebieten und den Minen ausgewiesen, was hinsichtlich der Gesundheit absolut wichtig sei. Das LHRC riet der Regierung, von anderen Ländern, z. B. Niger, zu lernen. Sie hätten schon Erfahrungen mit den negativen Auswirkungen des Uranabbaus, litten unter denselben.

Der Stellvertretende Minister für Energie und Bodenschätze erwiderte, der Abbau habe keine Auswirkungen auf die Menschen, denn die Erze würden nur in ihrer rohen Form abgebaut. Er sagte, ohne Zögern müsse Tansania in den Abbau des Urans investieren, denn viele Länder profitierten davon. Außerdem bringe so eine Investition der Regierung Einnahmen; sie unterstütze der Bevölkerung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. (Guardian 16.8.11; Citizen 16.8.11)

*

Beschwichtigung: Ein Verantwortungsträger des Ministeriums für Energie und Bodenschätze betonte, niemand solle Angst haben wegen möglicher Gefahren für Mensch und Umwelt. Die im letzten Jahr verabschiedeten Vorschriften garantierten Sicherheit beim Uranabbau und eine Win-Win-Situation für Tansania und Investoren. Radioaktive Minen würden nur im Fall der Verarbeitung des Urans unsicher. Diese werde in Tansania nicht durchgeführt. Im Gegensatz zu

Bemerkungen einiger Leute sei Tansania nicht in der Lage, Energie aus dem Uran zu gewinnen, denn das sei ein schwieriges Unternehmen, das hochentwickelte Technologie und riesige Investitionen benötige. "Zur Zeit denken wir nicht daran, Uran für Energiegewinnung zu verwenden. Doch wenn die Zeit reif ist, werden Leitlinien, Gesetze und besondere Regelungen für diesen Prozess in Kraft gesetzt", erklärte er. Einige Gesellschaften aus dem Ausland hätten bereits die Lizenz für die Erforschung von Uran erhalten, anderer Investoren Interesse daran signalisiert. (Citizen 4.8.11)

*

Uran nur für friedliche Nutzung (Kommentar): Überall wird Uran nutzbringend eingesetzt. Alle Länder profitieren nun auf vielfache Weise für friedliche Zwecke vom Uran. Das Auftauchen dieser modernen Energiequelle verringert die Belastung der Erdatmosphäre... Der Uranabbau in Tansania wird sich letztendlich segensreich auswirken, incl. Stromerzeugung mit geringem CO₂-Ausstoß, industrielle Technologien und lebensrettende medizinische Versorgung - wie in den anderen Ländern, die Uran produzieren, Malawi, Namibia, Niger u. a. (Citizen 22.7.11)

Zur Versorgungslage

Zu Vorsorge und Exportverbot: Die Regierung beauftragte die *National Food Reserve Agency* (NFRA), 200.000 t Getreide zu kaufen. Sie wird dieses später für Gebiete, die Hunger leiden, freigeben. Die Landwirte erhalten pro Sack 35.000/- TSh, damit sie nicht versucht sind, in Nachbarländer zu verkaufen. (DN 28.7.11; Citizen 25.7.11)

Der Minister für Landwirtschaft, Versorgungssicherheit, Cooperative sagte, sobald 200.000 t Getreide in den Regionen Iringa, Mbeya, Rukwa und Songea gekauft sind, erwäge die Regierung die Aufhebung des Exportverbots. "Aber ich bitte alle Familien dringend, dafür zu sorgen, dass sie genug Vorräte haben", betonte er. (Citizen 28.7.11)

Trotz Regierungsverbot wurde Mais weiterhin über Schleichwege in die Nachbarländer geschmuggelt. Wahrscheinlich werden die Grenzpolizisten von den Fahrern bestochen. (Guardian 28.7.11)

Die Dürre am *Horn von Afrika* beeinflusst Kenia, demnächst u. U. auch Uganda, zwei Nachbarländer Tansanias, mit denen es eine ausgedehnte Grenze hat. Es wird kaum gelingen, das Verbot, Getreide zu exportieren, durchzusetzen. (Guardian 14.8.11)

*

Ablehnung des Exportverbots: Bei der Parlamentsdebatte verurteilten die Abgeordneten der Reihe nach das Verbot, Getreide auszuführen. Es Sorge dafür, dass die sich abmühenden Landwirte weiterhin arm bleiben. Man müsse ihnen erlauben, sich der freien Marktwirtschaft zu erfreuen, denn sie seien private Geschäftsleute, sagte einer. (DN 27./28.7.11; Guardian 27.7.11; Citizen 27.7.11)

*

Hunger und Unterstützung: Präsident Kikwete wies die District Commissioner (DC) der Gebiete, in denen die Lebensmittel knapp sind, an, zuständige Stellen zu informieren, um eine Krise abzuwenden. Die Menschen sollten nicht leiden, wenn es genug Lebensmittel gibt. "Es ist eine Schande für jeden DC, zu schweigen, wenn Menschen in seinem Gebiet unter Hunger leiden", betonte er. Manche DCs schämen sich, wenn sie über Hunger in ihrem Gebiet berichten. (DN 14./19.8.11)

Der Simanjiro-Distrikt erhielt während der letzten zwei Monate Lebensmittelhilfe, benötige aber noch mehr, sagte der dortige DC. Jeden Tag werde die Lage kritischer. Auch in den Distrikten Babati und Mbulu sind die Lebensmittel knapp. Noch schlimmer sei die Lage in der Arusha-Region, betonte der Minister für Landwirtschaft, Versorgungssicherheit und Cooperative. Dort versiegten auch die Quellen. (Arusha Times 6.8.11)

Die Regierung wird dem Rorya-Distrikt (Mara-Region) weitere Lebensmittelhilfe gewähren. 1 kg Mais soll 50/- TSh kosten. Doch manche können nicht einmal 5/- TSh bezahlen. Sie benötigen kostenlose Lebensmittel. Der Rorya-Distrikt ist einer der Distrikte, die immer von der Regierung Hilfe bekommen. Der benachbarte Bunda-Distrikt ist in der selben Lage. (DN 19.8.11)

Zu den Treibstoffpreisen

Treibstoffpreise gesenkt, Reaktionen: Um zu erreichen, dass die in die Höhe schießenden Lebenshaltungskosten zurückgehen, senkte die *Energy and Water Regulatory Authority* (EWURA) am 2. August die Treibstoffpreise. Sie hat das Mandat, im Namen der Regierung die Sektoren Energie- und Wasserversorgung zu regeln. Benzin ist nun um 9,17 %, Diesel um 8,31 %,

Petroleum um 8,63 % billiger. Das ist möglich, weil mehrere Abgaben verringert wurden; z. B. fällt für Tankschiffe erst nach 15, nicht mehr nach drei Tagen, eine Liegegebühr an.

Die EWURA gab bekannt, die Lieferanten müssten ihre Preise entsprechend ändern oder mit "strengen" Maßnahmen rechnen. "Wir werden keinerlei Entschuldigungen dafür, dass die Preise nicht gesenkt werden, tolerieren", betonte ein Verantwortungsträger der EWURA. Auch wer nur 1 TSh mehr verlangt, zahle 3m/- TSh Bußgeld und eine Strafe von 1m/- TSh pro Tag, an dem der neue Preis nicht eingehalten wird. Zuwiderhandelnden Importeuren werde die Lizenz entzogen, sagte er.

Die EWURA setzte landesweit Aufsichtspersonen ein, die Zuwiderhandelnde ausmachen und rechtliche Schritte ergreifen sollten.

Der Vorsitzende der *Tanzania Association of Oil Marketing Companies* (Taomac) sagte, wenn die Preise an den Tankstellen sinken, bringe das Verluste. Die Erdölkonzerne begannen einen Boykott. Im ganzen Land entstand eine 'künstliche Verknappung'.

Manche Tankstellen verkauften nur noch Diesel und Petroleum, viele machten ganz zu.

Die Fahrzeuge bildeten Warteschlangen von bis zu 1 km Länge. Auch Leute mit Kanistern, die Treibstoff hamstern und zu einem Wucherpreis verkaufen wollten, reihten sich ein. Aus Sicherheitsgründen ist es verboten, Treibstoff im Haus zu lagern. Bis zu 5.000/- TSh verlangten die Hamsterer später für 1 l Benzin.

Petroleum war an vielen Tankstellen nicht zu haben, weil die Firmen es in der Hoffnung auf neue Petroleumpreise horteten,

An geöffneten Tankstellen füllten Autobesitzer in Panik ihre Tanks, weil sie fürchteten, die Vorräte könnten gleich wieder zu Ende sein. Häufig wurden nicht mehr als 10 l abgegeben.

Die Treibstoffverknappung schadete dem Tourismus, weil Transportmittel ausfielen. Einige Überlandbusse mussten ihre Fahrten absagen. Die Stadtbusse hoben die Fahrpreise an.

Die Regierung verlieh der staatlichen Erdölvermarktungsfirma COPEC, einer Tochterfirma der *Tanzania Petroleum Development Corporation* (TPDC), die Lizenz, Treibstoff zu importieren.

Ab 10. August normalisierte sich die Lage langsam. Doch weiterhin bildeten sich lange Warteschlangen.

Manche Tankstellen weigerten sich weiterhin, Treibstoff zu den neu festgesetzten Preisen abzugeben.

Weil viele Beschwerden wegen ihrer überhöhten Preise eingegangen waren, befahl die EWURA zwei Tankstellen am 18. August, zu schließen. Sie müssen 3m/- TSh Bußgeld zahlen und 1m/- TSh für jeden Tag, an dem sie zu viel verlangen - falls sie nicht innerhalb von sieben Tagen erklären können, warum die Strafe unangemessen sei. (DN 6./8./9./10./11./12./13./15./19.8.11; Guardian 6./9./10./11./12./13./15./16./19.8.11, Citizen 2./5./9./10./11/12./13./15.8.11)

*

Maßnahmen gegen Zuwiderhandelnde: Der Minister für Energie und Bodenschätze wies die EWURA an, unverzüglich Strafmaßnahmen zu ergreifen. Der Boykott sei "Wirtschaftssabotage". Laut Gesetz sind Anweisungen der EWURA denen des *High Court* vergleichbar. Übertretung derselben komme einer Missachtung des Gerichts gleich, erklärte der EWURA-Generaldirektor. Die Abgeordneten diskutierten über die Treibstoffkrise. Sie forderten ein Eingreifen, damit das Land gerettet werde aus dieser vor allem von einem Syndicat der großen Ölkonzerne angeführten Krise. Sie seien bestrebt, die Regierung zu erpressen und die Wirtschaft zu sabotieren, denn letztendlich würden Transport und Produktion zum Stillstand kommen.

Es sei ein Fehler gewesen, die Treibstoffeinfuhr und -verteilung zu 100 % zu liberalisieren, äußerten sie.

Am 9. August setzte die EWURA den vier großen Erdölkonzernen ein Ultimatum von 24 Stunden: Sie müssen die Versorgung mit Treibstoff unverzüglich wieder aufnehmen. Wird die Anordnung der EWURA missachtet, leitet sie den Fall an den *High Court*. Die Konzerne müssten genau erklären, warum es nicht rechtens sei, gerichtlich gegen sie vorzugehen, sagte der EWURA-Generaldirektor.

Die vier großen und sieben kleinere Firmen beugten sich der Anordnung, die Versorgung innerhalb von 24 Stunden wieder aufzunehmen. Wenig später legten sie beim *Fair Competition Tribunal* (FCT) Einspruch ein. Die EWURA habe den Kosten der Versorgung mit Treibstoff auf den Festland nicht Rechnung getragen, sagten sie. Das FCT ist einem Gerichtsorgan vergleichbar. (DN 10./19.8.11; Guardian 9./10./19.8.11; Citizen 19.8.11)

*

Zur BP Oil Company: Sie trotzte der Regierungsanweisung. Die EWURA untersagte ihr den Verkauf von Benzin, Diesel und Petroleum für drei Monate. Die Lieferung von Flugbenzin ist nicht betroffen. Die obersten BP-Verantwortungsträger müssen vor Gericht erscheinen. BP kann innerhalb von 21 Tagen beim FCT Einspruch einlegen.

Seit vielen Jahren hat BP einen Marktanteil von nahezu 40 %. Die Regierung hält 50 % der BP-Aktien. (DN 13.8.11; Guardian 12./13.8.11)

*

Zur Anpassung des Treibstoffpreises: Der Treibstoffhöchstpreis wird jede zweite Woche an die Preisentwicklung in der Versorgungskette angeglichen.

Am 14. August wurden die Preise um ca. 6 % angehoben. Ein EWURA-Verantwortungsträger begründete den Anstieg mit dem Wertverlust des TSh und mit der Verteuerung des Erdöls auf dem Weltmarkt. EWURA wandte sich gegen die Vermutung, man habe dem Druck der Erdölkonzerne nachgegeben. (DN 15./16.8.11; Guardian 15./16.8.11)

Preise in Dar-es-Salaam:

1 l Benzin: 2.114/12 TSh

1 l Diesel 2.031/31 TSh

1 l Petroleum 2.005/40 TSh.

In Zentraltansania sind die Preise etwas höher, es folgen die Regionen im Norden des Landes, nach diesen das Südliche Hochland; in den Regionen am Viktoriasee sind die Preise am höchsten (1 l Benzin: 2.222/- bis 2.345/- TSh). (DN 18.8.11)

*

Zum System der Festsetzung des Höchstpreises: Unklar ist, ob der neu festgesetzte Preis auch für die im Land vorhandenen Vorräte gilt, oder nur für neu importierten Treibstoff. Einige Beteiligte meinen, die Methode, die Preise jede zweite Woche bekanntzugeben, solle geändert werden.

Die EWURA erklärte, sie sei bereit, mit den betroffenen Organisationen Beratungen über eine Veränderung des Systems aufzunehmen. Neue Preise würden u. U. erst dann festgesetzt, wenn die Vorräte verbraucht sind. (DN 18./ 19.8.11; Guardian 16./18.8.11)

Zum Bevölkerungswachstum

Laut *United Nations Population Fund* (UNFPA) betrug das jährliche Bevölkerungswachstum Tansanias während der letzten zehn Jahre 2,9 %. Damit liegt es nur 4 Punkte unterhalb der höchsten Rate weltweit.

Man erwartet, dass das Wachstum nun rückläufig ist.

In Tansania gab es seit der Unabhängigkeit 1961 vier Volkszählungen: 1967, 1978, 1988, 2002; die nächste ist für 2012 geplant.

Das Bevölkerungswachstum entwickelte sich folgendermaßen:

1967-1877: 3,2 %

1978-1988: 2,8 %

1988-2002: 2,9 %

2002-2012: 1,3 % voraussichtlich

2006 prognostizierte das *National Bureau of Statistics* die Bevölkerungszahl Tansanias für 2011 mit 45,7 Mio.

Die Regierung ist besorgt wegen des hohen Bevölkerungswachstum, weil sie zu hoher Arbeitslosigkeit führe.

Doch einige behaupten, es sei gut für das Land, denn es schaffe starke Nachfrage, fördere demnach Wachstum und Entwicklung.

Die Regierung Sansibars ist beunruhigt wegen des Bevölkerungswachstums von 3,1% "Das rasche Bevölkerungswachstum und die Abwanderung vor allem Jugendlicher aus den Dörfern in städtische Gebiete ist eine große Herausforderung für unsere soziale und wirtschaftliche Planung", sagte der Staatsminister für Finanzen, Wirtschaft und Entwicklungsplanung. Land, das sich für Ackerbau eignet, sei für Siedlungen, vor allem ungeplante, verwendet worden, klagte er. (DN 11.7./19.8.11; Guardian 11.7.11; Citizen 22.8.11)

Was Dar-es-Salaamer Kinder über ihre Ferien erzählen

Khalfan (10): Die Ferien waren schön, weil ich meine Tante besuchte und mit meinen Freunden spielte. Meine Eltern haben mich geschimpft, weil ich meine Übungshefte zerrissen habe. Das soll nicht wieder passieren, weil ich meine Eltern nicht wütend machen will.

Hajira (10): Diese Ferien waren schöner als die früheren. Meine Eltern hatten Geld und nahmen mich mit zum Einkaufen. Sie kauften mir Kleidung und Schuhe. Ich hatte auch Zeit zum Fernsehen.

Omary (9): Ich war oft am Strand. Das war schön, weil ich sehr gerne schwimme. Ich ging mit meinen Freunden auch zu einem Picknick. Da hatten wir viel Spaß. Ich will jetzt immer rechtzeitig in die Schule gehen. Ich bat meine Mama, mir einen Wecker zu kaufen, damit ich rechtzeitig aufwache.

Abilahi (7): In den Ferien habe ich so viel gegessen, wie ich konnte, Fleisch, Fisch, Reis. Ich hatte auch genug Zeit, meine Verwandten zu besuchen.

Salim (13): Wir sollten bald wieder Ferien haben, weil ich viel Spaß hatte. Ich bin nicht so bald aufgestanden wie normalerweise während der Schulzeit.

Abdi (11): Diese Ferien waren schön. Jetzt muss ich wieder früh aufstehen, um in die Schule zu gehen. Ich gehe gerne in die Schule, aber was mir schwer fällt, ist, früh am Morgen aufzuwachen.

Rashid (8): Ich wünschte, diese Zeit käme wieder, weil ich viel Spaß hatte.

Philip (7): Ich mag gerne fernsehen. Außerdem musste ich zu Nachhilfestunden. Ich hatte aber auch genug Zeit, um mit meinen Freunden zu spielen.

Shella (8): Die Ferien waren phantastisch, weil ich mit meinen Freundinnen viel Spaß hatte. Ich will tüchtig lernen, wenn die Schule wieder angeht. (Guardian 13.7.10/4.1.11)

Seminar des TANZANIA-NETWORK.de e.V.

am 12. und 13. November 2011

Gold, Uran, Edelsteine - Wie reich ist Tansania wirklich?

Tagungsort: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V. Freienwalder Allee 8-10
16356 Werneuchen/Werftpfuhl, Tel. 033398-8999-11, www.kurt-loewenstein.de

Programm, Anmeldung (bis 30. September '11): Tanzania Network.de e.V., Koordinationsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-4172 3582; Fax 030-4172 3583
ks@tanzania-network.de, www.tanzania-network.de

Teilnahmebeitrag: Seminar: 35,- c, erm. 20,- c; Übernachtung: DZ/EZ 50/80.- c, erm. 35,- c